

Deutschland 2020 – Chronik einer angekündigten Katastrophe



Blicken wir auf die derzeitige Masseneinwanderung nach Deutschland über den Asylweg und über die EU-Freizügigkeit und schauen wir einmal ein paar Jahre in die Zukunft, so

zeigt sich sehr deutlich, welche massiven Probleme und Kosten in den kommenden Jahren auf Deutschland zukommen werden.

(Von Jorge Miguel)

Aber betrachten wir zunächst einmal die Fakten: [Nach der neuesten Prognose](#) werden in diesem Jahr mindestens 400.000 neue Asylbewerber in Deutschland erwartet, dazu Hunderttausende neue Zuwanderer aus Europa, davon viele aus Südosteuropa, im Rahmen der EU-Freizügigkeit.

Bei den Asylbewerbern kann man nach allen Erfahrungen davon ausgehen, dass mindestens 80 Prozent dauerhaft im Land bleiben und nicht abgeschoben werden, also alleine im Jahr 2015 rund 320.000 Menschen. Da viele von ihnen keine Ausbildung haben und kein Deutsch sprechen, kann man gleichermaßen erwarten, dass auf lange Sicht mindestens ein Drittel bis die Hälfte dieser Personengruppe dauerhaft von Hartz IV leben wird. Denn Arbeitsplätze für Unqualifizierte werden in diesem Land immer mehr zur Mangelware. Zudem bietet das deutsche Sozialsystem mannigfache Anreize für unqualifizierte Zuwanderer, nicht zu

arbeiten.

Diese Annahme lässt sich zudem eindeutig durch entsprechende Statistiken untermauern, die klar belegen, dass Menschen aus nicht-europäischen Herkunftsländern, aus denen eben viele Asylbewerber stammen (Afrika, Nah- und Mittelost), [ganz weit oben in der Hartz IV-Statistik](#) stehen. Das Gleiche gilt übrigens für Menschen aus bestimmten Balkanländern, aus denen derzeit ebenfalls ein Gutteil der Asylbewerber kommt.

Kein Ende der Massenzuwanderung in Sicht

Man kann dabei davon ausgehen, dass diese Massenzuwanderung auch in den kommenden Jahren so weiter geht, denn seitens der Bundesregierung gibt es keinerlei Bestrebungen, dieses Problem wirklich anzupacken. Weder wird daran gedacht, das Schengen-Abkommen auszusetzen, noch daran, Asylbewerber, die über das Mittelmeer nach Italien oder Griechenland und dann nach Deutschland kommen, im Rahmen einer konzertierten EU-Aktion nach australischem Vorbild wieder nach Afrika oder in die Türkei zurückzubringen, um potenziellen Immigranten zu zeigen, dass sich der Weg nach Deutschland und Europa nicht auszahlt.

Gehen wir also realistischere Weise davon aus, dass in den kommenden Jahren bis 2020 mindestens zwei Millionen Menschen, eher jedoch 2,5 bis drei Millionen, als Asylbewerber nach Deutschland kommen werden – plus die Zuwanderer aus der EU, von denen viele aus Südosteuropa stammen werden.

Insgesamt dürfte man nicht allzu falsch liegen, wenn man netto von mindestens vier bis fünf Millionen Neuzuwanderern bis zum Jahr 2020 ausgeht. Und selbst die Qualifizierten darunter werden massive Probleme haben, einen Arbeitsplatz zu finden, von dem sie leben können, denn die rasante Technologisierung der Wirtschaft sorgt in vielen Branchen dafür, dass immer weniger Menschen gebraucht werden.

Wer soll das alles bezahlen?

Wenn man daher nun realistischerweise davon ausgeht, dass mindestens ein Drittel dieser Zuwanderer dauerhaft von Hartz IV leben wird, können wir bei vier Millionen Neuzuwanderern mit jährlichen Zusatzkosten ab 2020 von etwa 20 Milliarden Euro pro Jahr rechnen. Hierbei gehe ich von etwa 15.000 Euro Gesamtkosten pro Person pro Jahr aus (Kosten für Hartz IV, Unterkunft, Nebenkosten, Kosten für Krankenversorgung, Sprachkurse, Verwaltung und Polizei, Wachdienste für Asylbewerberunterkünfte, soziale Betreuung etc.).

Neben der Kostenfrage (Wer soll das alles bezahlen?) stellen sich jedoch zwei weitere Fragen. Zum einen, wie alle diese Menschen untergebracht werden sollen? Wohnraum ist schon jetzt in vielen Gegenden Deutschlands absolute Mangelware, und es wird der Bevölkerung kaum zu vermitteln sein, dass dauerhaft Turnhallen und andere Gebäude, die eigentlich für die hiesige Wohnbevölkerung gedacht sind, zweckentfremdet werden.

Zum anderen, wie die Politik eigentlich massive gesellschaftliche Spannungen vermeiden und ethnische Konflikte zwischen den Neuzuwanderern verhindern will?

Ethnische Konflikte werden in Deutschland massiv anwachsen

Schon jetzt kommt es immer wieder in vielen deutschen Groß- und Kleinstädten zu massiven ethnisch bedingten Konflikten. Erinnerung sei hier nur an die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Yeziden und Tschetschenen im vergangenen Jahr oder an die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Afrikanern in Hamburg. Diese importierten Konflikte dürften in den kommenden Jahren massiv zunehmen.

Zudem stellt sich immer dringender die Frage, wie man eigentlich bei den muslimischen Asylzuwanderern herausfinden will, wer islamistische Neigungen hat. Dies dürfte fast unmöglich sein, sodass sich auch in dieser Hinsicht das Risiko für die Stammbevölkerung deutlich erhöhen wird. Und auch die

Alltagskriminalität nimmt sicherlich – nach jahrelanger Erfahrung mit den offenen Grenzen — weiter massiv zu.

Angesichts dieser düsteren Perspektive und der schon jetzt vorhandenen zahlreichen Hilferufen aus den Kommunen stellt sich die Frage, warum die deutsche Politik eigentlich – im Gegensatz zu anderen Ländern wie Polen, die sich klar gegen eine Masseneinwanderung aussprechen – mit voller Kraft in die absehbare Katastrophe steuert.

Politik verschließt die Augen vor der absehbaren Katastrophe

Bei den Links-Grünen einschließlich vieler Sozialdemokraten lässt sich diese Frage leicht beantworten. Ein teilweise massiver Selbsthass auf das eigene Land führt dazu, dass alles, was dem eigenen Land schadet und auf längere Sicht zudem neue Wähler bringt, für gut befunden wird.

Was allerdings die Union und die FDP dazu bringt, nichts gegen diese massive Fehlentwicklung zu unternehmen, bleibt rätselhaft. Wahrscheinlich ist es einfach das Unvermögen und die Feigheit, den linken Parteien und Leitmedien in diesem Land noch irgendetwas entgegenzusetzen. Und daher machen CDU/CSU und FDP einfach die Augen zu – trotz der massiven Proteste vieler Bürger an zahlreichen Orten gegen die derzeitige Asylpolitik. Und auch das eindeutig vorhandene Unbehagen bei den eigenen Parteimitgliedern an den derzeitigen Entwicklungen wird von CDU/CSU und FDP schlichtweg ignoriert.

Dabei können Union und Liberale in ein paar Jahren nicht sagen – wenn das Kind dann in den Brunnen gefallen ist und unser Land vor dem Scherbenhaufen einen vollkommen gescheiterten Asyl- und Zuwanderungspolitik steht –, dass sie all dies nicht geahnt hätten.

Denn die mutmaßlich beängstigenden Folgen der derzeitigen Asyl- und Zuwanderungspolitik sind nichts anderes als eine klar absehbare und angekündigte Katastrophe für unser Land.